

PRESSEMITTEILUNG

Jugend-Check und Jugendwohnagentur: Berlin geht einen guten Schritt, viele weitere müssen noch folgen

Berlin, 08.09.2026 | Der Senat hat heute einen verbindlichen Jugend-Check für Gesetzgebungsverfahren und eine neue Jugendwohnagentur beschlossen, außerdem tritt Berlin dem internationalen Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ bei. Der Landesjugendring Berlin begrüßt den Jugend-Check und die Jugendwohnagentur ausdrücklich. Jedoch reichen die Schritte bei weitem noch nicht für ein jugendfreundliches Berlin.

„Wir freuen uns sehr über den Berliner Jugend-Check für Gesetzesvorhaben“, sagt Tilmann Weickmann, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. Durch ihn werden alle Gesetzesvorhaben auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen durchleuchtet. „Das ist ein wichtiger Baustein für eine gute Jugendpolitik“, betont Weickmann.

Für eine erfolgreiche Teilnahme am Programm „Kinderfreundliche Kommune“ bedarf es weiterer Anstrengungen: „Wir müssen erreichen, dass nicht nur Gesetze gecheckt werden, sondern alle politischen Ressorts junge Menschen grundsätzlich besser auf dem Schirm haben“, sagt Weickmann. Der Aktionsplan müsse gemeinsam mit jungen Menschen entwickelt werden und ihre Bedarfe umfassend in allen Politikfeldern im Blick haben: „Berlin hat aktuell keine Daten, wie es jungen Menschen wirklich geht“, sagt Weickmann weiter. Daher müsse das Land endlich auch wieder einen Kinder- und Jugendbericht erstellen, als Grundlage für eine gute Jugendpolitik. Der letzte stammt aus dem Jahr 2000.

Auch die neue Jugendwohnagentur sei ein sinnvoller Schritt, auch wenn sie zunächst nur Care Leaver*innen beim Übergang in die erste eigene Wohnung unterstützt, so Weickmann. Sie ersetze aber nicht die Kernforderung des Landesjugendring Berlin nach einer Jugendquote bei der Wohnraumvergabe: Öffentliche und private Wohnungsunternehmen sollen verpflichtet werden, 10 Prozent ihrer Wohnungen zu einer gedeckelten Miete an junge Menschen zu vermieten, damit bezahlbarer Wohnraum für alle jungen Menschen entsteht.

Weitere Forderungen zur Berlin-Wahl der 37 Berliner Jugendverbände bleiben durch den Beitritt zur „kinderfreundlichen Kommune“ offen: Dazu gehören mehr sichere Radwege, die Erstattung von Verdienstausschlag fürs Ehrenamt oder eine Förderung von Jugendverbänden, die an die Inflation angepasst ist. „Der heutige Beschluss ist ein guter Anfang“, so Weickmann. „Auf dem Weg zu einer jugendfreundlichen Stadt müssen aber noch viele weitere Schritte folgen.“

Hinweis an die Redaktion:

- 10 Forderungen der Jugendverbände im Überblick: lirberlin.de/wahl2026/forderungen
- Pressemitteilung Senatskanzlei: berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1711476.php

Über den Landesjugendring Berlin

Im Landesjugendring Berlin sind 37 Jugendverbände zusammengeschlossen. Junges Ehrenamt, gesellschaftliche Teilhabe junger Menschen, demokratische Selbstorganisation und außerschulische Bildung sind uns besonders wichtig. Auf dieser Basis gestalten und beeinflussen wir die Kinder- und Jugendpolitik maßgeblich.

www.lirberlin.de

Pressekontakt

David Spitzl
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

spitzl@lirberlin.de
030 818 861 16
0160 964 269 14